

Kernbrennstoffe werden länger zwischengelagert

Die Atomaufsichtsbehörde gestattet Betreiber Vattenfall weitere zwei Jahre

Brunsbüttel (Ino) Atom-Castoren bleiben zwei weitere Jahre in dem nicht ausreichend gegen Terrorangriffe getesteten Zwischenlager auf dem Gelände des Kernkraftwerks

Brunsbüttel. Die Atomaufsicht in Kiel begründete am Mittwoch die Verlängerung dieser Ausnahmeordnung damit, dass dies die sicherste Lösung sei. Im Standortzwischenlager befinden sich 20 Castorbehälter mit 965 hochradioaktiven



Der Bau der großen Halle, die als Zwischenlager dient, kostete 30 Millionen Euro. Er fasst 80 Castor-Behälter. Foto: Perrey

Brennelementen, die alle aus dem Betrieb des Kernkraftwerks Brunsbüttel stammen. Das Lagergebäude hat Platz für 80 Castoren. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hatte im Juni 2013 die Zulassung des atomaren Zwischenlagers Brunsbüttel kassiert. Es sei nicht hinreichend gegen terroristische Angriffe wie den Absturz eines Airbus A380 oder einen Angriff mit panzerbrechenden Waffen geprüft worden. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte 2015 die Entscheidung. Seitdem ist die Genehmigung des Zwischenlagers nicht mehr gültig. Der AKW-Betreiber Vattenfall hat beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit eine neue Genehmigung des Standortzwischenlagers beantragt. Vattenfall will die gerichtlich festgestellten Defizite ausräumen. „Wir haben seit drei Jahren eine Ausnahmesituation“, sagte der für die Atomaufsicht zuständige Energiewendeminister Robert Habeck (Grüne). „Das Zwischenlager hat keine Genehmigung, aber wir können die Castor-Behälter ja auch nicht einfach irgendwohin stellen.“ Es gebe keine genehmigte Lagerstätte, an der der Kernbrennstoff sicherer gelagert werden könne als im Zwischenlager Brunsbüttel. Der ungenehmigte Zustand dürfe aber kein Dauerzustand sein, sagte Habeck und pochte auf Maßnahmen Vattenfalls.